

JULIMAGAZIN

Ausgabe 01/2022



Geht's uns noch ganz gut?

Der Staat & das Gesundheitswesen

Ein Tag mit Susanne Schneider

Mental Health

INHALT

1. Ein Tag mit Susanne Schneider
2. Ausgebremste Grundrechte? Corona-Beschlüsse des BVGs
3. Organhandel? Das Pro vs. Contra
4. Was Unternehmen für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter tun (sollten!)
5. Die Wichtigkeit der eigenen Gesundheit
6. Impfpflicht mit Nebenwirkungen: Freie Entscheidung der Gesundheit?
7. Der Patentschutz
8. Alles zu mentaler Gesundheit
9. Solidarischer Zuckerkonsum?
10. Engagement mit Erkrankung
11. Visionen für unser Gesundheitssystem
12. John Stuart Mill: „Über die Freiheit“

CHEFREDAKTION



Torben Hundsdörfer



Sina Behrend

Liebe JuLis,

nun starten wir schon ins dritte Jahr zusammen mit der Pandemie. Geht es uns eigentlich noch ganz gut? Diese Frage ist berechtigt, kann man doch den Eindruck bekommen, dass gerade psychische Erkrankungen immer mehr zunehmen. Aber das stimmt nicht, lediglich die wichtige Bereitschaft, mit dem Thema umzugehen, wächst, auch wenn gesamtgesellschaftlich immer noch ein weiter Weg vor uns liegt. In diesem Magazin geben wir euch einige Tipps und Fakten rund ums Thema mit. Jana legt dar, wie sich Ehrenamt und Erkrankung unter einen Hut bringen lassen. Außerdem haben wir Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP Landtagsfraktion NRW, einen Tag begleitet. Da man ums Thema Corona in einem Gesundheitsmagazin natürlich nicht herumkommt: Falk diskutiert den Patentschutz und Moritz und Daniel erklären ihre Sicht auf eine mögliche Impfpflicht. Die Bundesnotbremse erläutert und bewertet Marc. Außerdem gibt es ein Pro vs. Contra zum Thema Organhandel mit David und Sina. Alexander sagt uns, was der Staat mit Gesundheit zu tun hat, während Christian über die Verantwortung von Unternehmen für die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berichtet. Alex nimmt für uns einmal die Homöopathie auseinander und Pflegekraft Laura formuliert ihre Visionen für das Gesundheitswesen der Zukunft. Zum Schluss darf eine Analyse zu einem Klassiker der liberalen Literatur von Torben nicht fehlen.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre!

Eure

Sina & Torben

ZU BESUCH BEI SUSANNE SCHNEIDER

DAS INTERVIEW

Susanne Schneider sitzt seit der Landtagswahl 2012 im Landtag NRW und ist Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion für Gesundheit und Pflege, außerdem auch für Frauen und Gleichstellung. Selbst ist sie gelernte Krankenschwester und Pharmareferentin – Gesundheitspolitik liegt ihr also naturgemäß sehr nah. Ihr Ziel im Bereich Gesundheitspolitik ist es, möglichst viel mit Ärztinnen, dem Pflegepersonal und den Patienten persönlich ins Gespräch zu kommen. Bei ihrer „Kliniktour“, die sie bereits in 82 Krankenhäuser in ganz NRW führte, ist sie zur Expertin für Krankenhausmanagement geworden.

WAS MACHT KRANKENHÄUSER ERFOLGREICH?

Bei allen wirklich guten Kliniken durfte ich feststellen, dass die Wertschätzung der Mitarbeiter nicht nur propagiert, sondern auch gelebt wird. Diese Häuser haben in der Regel kaum Schwierigkeiten, qualifiziertes Personal zu finden – was sich letztendlich auch in der Patientenzufriedenheit niederschlägt.

Heute begleite ich Frau Schneider einen Tag im Landtag. Gerne würde ich euch an dieser Stelle kurz ihren klassischen Tagesablauf vorstellen – aber den gibt es in dieser

Form nicht. Der politische Betrieb ist so lebendig und vielfältig, dass kein Tag dem anderen gleicht. Was es jedoch gibt, ist eine Art Wochenrhythmus. Das neu gegründete parlamentarische Begleitemmum zur Covid-19-Pandemie hat seine Sitzungen im Regelfall dienstags. Der Gesundheits- und Sozialausschuss tagt mittwochs, der Ausschuss für Gleichstellung und Frauen am Donnerstag. Mittwoch und Donnerstag sind auch die klassischen Tage der Plenarsitzungen. Frau Schneider ist also im Regelfall von Dienstag bis Donnerstag im Landtag und nimmt Außen- und Wahlkreis-Termine vor allem am Montag und Freitag wahr ... und natürlich, wenn ihr schon etwas bei den JuLis oder bei der FDP seid, wisst ihr es: am Wochenende. Ich bin am 15. Dezember 2021 im Landtag, es ist Plenartag. Auf der Tagesordnung steht zentral der Haushalt. Aber auch Punkte aus dem Gesundheitsbereich, nämlich das Gesetz zur Durchführung strafrechtsbezogener Unterbringungen in einem psychiatrischen Krankenhaus und einer Entziehungsanstalt und ein Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes. Wir konnten Frau Schneider also heute auch am Redepult sehen. Als Rednerin im Plenum ist sie für

ihre Fraktion pandemiebedingt häufig im Einsatz. Als persönlichen Rekord bezeichnet sie 15 Reden an drei Plenartagen. Natürlich habe ich mir auch nicht nehmen lassen, noch einige Fragen loszuwerden.

AUSSCHUSS FÜR ARBEIT, SOZIALES UND GESUNDHEIT: IST DAS NICHT, ZUMINDEST IM MOMENT, WAHNSINNIC VIEL VERLANGT, DAS ALLES ZU VEREINEN UND IN EINEM AUSSCHUSS ZU BEHANDELN?

Ja, auch deswegen gibt es auch den Unterausschuss zur pandemischen Lage, sonst würden wir in den normalen Sitzungen wirklich zu nichts anderem mehr kommen. An sich ist die Zusammenstellung der Themen aber definitiv sinnvoll. Gerade Soziales und Gesundheit, aber auch Arbeit, das greift alles ineinander. Dann ist es auch in Ordnung, wenn eine Sitzung mal ein wenig länger dauert, sind eben wichtige Themengebiete.

ÜBER WAS WIRD BEIM THEMA GESUNDHEIT ZU WENIG GESPROCHEN?

Psychische Gesundheit, leider immer noch. Wir haben es ja jetzt als Partei erkannt, aber auch wir sind da noch am Anfang. Außerdem muss

man auch über „Männergesundheit“ mehr sprechen, hier gibt es im Bereich psychische Erkrankungen oder zum Thema „Prävention“ noch viel zu tun!

WIRD AUCH ZU VIEL ÜBER ETWAS GESPROCHEN?

Nein. Wenn die Relevanz von Themen sich für mich im ersten Moment auch nicht immer erschließt, habe ich doch gelernt: Es gibt immer eine Gruppe, für die das relevant ist.

GIBT ES LECKERES, GESUNDES ESSEN IM LANDTAG?

Felix Haltt, Büroleiter und persönlicher Referent von Frau Schneider, hat mir berichtet, dass an einem Plenartag immer Currywurst und am anderen dann Schnitzel auf dem Speiseplan steht. Ob das so gesund ist? Aber es sind ja nicht die einzigen Gerichte, die dann zur Wahl stehen. Zudem gibt es auch eine „Vitalstation“ in der Landtagskantine, da gab es einen Wrap mit Hummus und Süßkartoffeln.

DREI TIPPS, UM GESUND ZU BLEIBEN?

Leben, Lachen, Lieben. *lacht* Nein, im Ernst, ein gutes, glückliches Leben ist sicher eine gute Voraussetzung zum Gesundsein, aber zur Vorsorge zu gehen, in jedem Alter und mit jedem Geschlecht, ist ein Privileg, das wir in unserem Gesundheitssystem haben und auch nutzen sollten.

WAS WAR DER GRÖßTE ERFOLG DER FDP IN DER GESUNDHEITSPOLITIK IN DIESER LEGISLATUR?

Da jetzt eine Sache besonders hervorzuheben, ist schwierig. Total wichtig war die Etablierung einer verpflichtenden Einführung in Laienreanimation an den Schulen in NRW. Plötzlicher Herztod passiert und Deutschland hat leider immer noch eine recht niedrige Wiederbelebungsquote. Zuerst gab es Pilotprojekte. Das hat gut geklappt und jetzt wurde die Laienreanimation für alle Schulen eingeführt. 2021 wurden die Mittel dafür auch noch mal richtig hochgefahren. Wusstest du, dass an Diabetes erkrankte Kinder oft gemobbt werden, weil die anderen Kinder nicht wissen, was das ist, und Lehrer damit auch nicht immer umgehen können? Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Diabetes durch Aufklärung und Schulungen verhindern, das ist ein Herzensprojekt. Tatsächlich konnten wir mit einigen Initiativen und Anträgen schon einiges verbessern. Ansonsten könnte man noch viele weitere Themen nennen: Wir haben den Masern-Impfschutz verbessert, wir haben eine Landesinitiative zur Förderung

von Plasmaspenden ins Leben gerufen, wir haben den Aufbau von Muttermilchbanken beschlossen. Diese Liste ließe sich noch länger fortführen.

WAS AUS DEM KOALITIONSVERTRAG DER BUNDES-AMPEL MACHT SIE HAPPY?

Im Koalitionsvertrag wurde das duale Gesundheitssystem aus gesetzlicher und privater Krankenversicherung abgesichert, das hat mich beruhigt und sehr gefreut.

WELCHE LEHREN ZIEHEN SIE ALS GESUNDHEITSPOLITIKERIN AUS DER PANDEMIE?

Wer kam vorher auf die Idee, sich die Hände vor dem Supermarktbesuch zu desinfizieren? Ich finde schöner, wenn jemand mit sauberen Händen die Apfelkiste durchwühlt, ich hoffe, das behalten wir bei. Unternehmen haben Innovationen geschaffen, da sieht man wieder, dass es funktioniert, dass vor allem in unserem Mittelstand unglaubliches Potenzial steckt. Das bestärkt meinen liberalen Glauben an den Markt. Und in der Politik muss man ganz klar sagen: Wir haben alle viel gelernt und sind jetzt auch für viele Sachen besser vorbereitet.

JETZT ZUM ABSCHLUSS: IHRE MEINUNG ZUM BUNDESGESUNDHEITSMINISTER?

Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass eine gewissen Fachkompetenz, zumindest für diesen Politikbereich, nicht falsch ist. Mal schauen, was er jetzt umgesetzt bekommt.

Susanne Schneider kandidiert übrigens erneut für den Landtag. Sowohl als Direktkandidatin in ihrem Wahlkreis Unna I als auch auf Listenplatz 13 der FDP-Landesliste. Ich drücke die Daumen und weiß, dass wir JuLis natürlich im Wahlkampf wieder unser Bestes geben werden, für Susanne Schneider und die anderen tollen Kandidatinnen und Kandidaten!

Mehr über die Landtagswahl gibts übrigens im nächsten Magazin. Freut euch auf eine Spezialausgabe!



Sina (20) studiert Philosophy, Politics and Economics an der HHU und sitzt dort für die LHG im Studierendenparlament, da gilt sie als Bollwerk gegen Links, bei den JuLis dagegen gilt sie als eher links. Ihr erreicht sie unter sina.behrend@julis.de

AUSGEBREMSTE GRUNDRECHTE?

02

Zu den Corona-Beschlüssen des Bundesverfassungsgerichts

Der Rechtsstaat ist keine Schönwetterveranstaltung. Er muss sich gerade in der Krise bewähren, sonst ist er verloren. Wenn „Not kennt kein Gebot“ zur Maxime staatlichen Handelns wird, dann sind dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Die Geschichte zeigt eindrucksvoll, dass Krisen stets Zeiten besonderer Gefahr für den Rechtsstaat sind. Wie gelingt die Verteidigung des liberalen Rechtsstaats in der Gegenwart?

CORONA: NEUER VIRUS, ALTE MECHANISMEN

Auch wenn dem Coronavirus anfangs gerne der Zusatz „neuartig“ vorangestellt wurde, waren die rechtlichen Folgen seiner Bekämpfung wohlbekannt. Es schlug die Stunde der Exekutive; neben und an die Stelle der parlamentarischen Entscheidungsprozesse traten die MPK als Ad-hoc-Gremium und Experten- und Krisenstäbe in Bund und Ländern. Der Ruf nach dem Zentralstaat wurde unüberhörbar; Einheitlichkeit wurde Angemessenheit vorgezogen. Dass gehandelt wurde, schien wichtiger als wie das Handeln aussah. Martialische Rhetorik traf auf eine Selbstdarstellung so mancher Ministerpräsidenten als „starker Mann“, für den die viel beschworene „Härte“ zum Selbstzweck wurde. Vor diesem geistig-politischen Klima des Notstands wurden Corona-Maßnahmen getroffen, die durch ihre Länge, Breite und Tiefe die schwersten Grundrechtseingriffe seit Bestehen der Bundesrepublik darstellen.

DIE JUSTIZ ALS STÖRFAKTOR

Eine im Krisenmodus agierende Politik erblickt in der Justiz und ihren „kleinen Richterleinen“ schnell nur noch eine lästige Bremse. In der Not neigen Politiker verstärkt zu der Annahme, dass der Zweck die Mittel heilige. Die Gerichte dagegen sind die Hüter einer Werteordnung, die es nicht zulässt, einzelnen politischen Zielen – und seien sie so legitim wie die Bekämpfung von Verbrechen und Terror, wie der Schutz vor Naturkatastrophen und Krankheitserregern – alle anderen, insbesondere individuellen Rechte unterzuordnen. Das Streben nach Sicherheit ist per se grenzen- und maßlos; mit Sicherheit als Argument lassen sich jegliche Freiheitseinschränkungen rechtfertigen. Dem setzt der freiheitliche Rechtsstaat den Gedanken von Grund-Rechten entgegen: Sie sind unverfügbar, unverhandelbar; sie sind keine Rechnungsposten, die man mit staatlichen Interessen beliebig aufrechnen könnte. Insbesondere gibt es kein „Supergrundrecht“ auf Sicherheit, das jegliche Freiheitseingriffe legitimieren könnte – ein solches wäre in Wahrheit das Ende von Grundrechten. Der freiheitliche Rechtsstaat darf nicht einem reinen Effizienzdenken geopfert werden.

KEIN RAUM FÜR EINEN AUSNAHMEZUSTAND

Auch in der Not gilt die Verfassung. Der Gedanke eines Ausnahmezustands, so attraktiv er für eine Politik im Krisenmodus auch sein

mag, ist deshalb mit einer freiheitlichen Rechtsordnung unvereinbar. Grundrechte lassen sich eine Zeitlang in bestimmtem Umfang einschränken, aber nicht mit einem Federstrich „auf unbestimmte Zeit“ außer Kraft setzen (wie in Weimar). Auch in der Krise darf sich das Parlament nicht seiner Verantwortung begeben; Sondervollmachten für die Exekutive sind nur in engen Grenzen und mit zeitlicher Befristung denkbar, denn die Geschichte lehrt, dass die Ausrufung des Notstands größte Gefahr für die Bürgerrechte und die Demokratie bedeutet. Auch in der Krise gilt: Nicht der Bürger muss sich rechtfertigen, sondern der Staat.

DER HÜTER DER VERFASSUNG

Die verbindliche Klärung dessen, was verfassungsgemäß ist, obliegt allein dem Bundesverfassungsgericht. Das ist eine Rechtsfrage; sie kann nur im Wege der juristischen Wertung und Abwägung entschieden werden. Davon zu unterscheiden sind vorgelagerte Fragen nach den Fakten, auf deren Grundlage sich staatliches Handeln stützt (oder eben nicht).

Das muss inzwischen betont werden. Unzulässig ist die scheinbar zwingende Ableitung von Recht aus Fakten, bedenklich die beliebt gewordene Vermischung von Faktensammlung und politischer Handlungsempfehlung, medial repräsentiert durch stets so angekündigte „Experten“ der Talkshows. Das

Bundesnotbremse

gilt umso mehr, als dass die Verfassung ein umfassender Rahmen für unser Zusammenleben ist. Perspektiven einzelner Disziplinen oder Betroffener dagegen sind naturgemäß auf einzelne Aspekte fokussiert. Ganz gefährlich wird es deshalb, wenn zum Beispiel die Pandemiebekämpfung ausschließlich oder überwiegend unter einem virologischen Blickwinkel beurteilt wird und das dann als „die“ Wissenschaft schlechthin präsentiert wird. Psychologen, Pädagogen und Ökonomen sind nicht weniger Teil der Wissenschaft.

KARLSRUHER SELBSTBESCHRÄNKUNG

Der Beschluss zur Bundesnotbremse – eine mündliche Verhandlung hielten die Verfassungsrichter nicht für nötig – erweist sich auf mehreren Ebenen als enttäuschend. Bezeichnend ist, dass die Stellungnahme von Sachverständigen ausschließlich auf medizinische Fragen beschränkt wurde und die psychosozialen Folgen kaum behandelt werden. Der Spielraum des Gesetzgebers wird intensiv betont, obwohl es sich hier um außerordentlich tiefe Grundrechtseingriffe handelt. Der Verweis auf eine ungewöhnliche

Notlage vermag nur begrenzt zu überzeugen, standen doch nicht die ersten Maßnahmen im Frühjahr 2020 im Streit, sondern Maßnahmen nach über einem Jahr, in denen viele Erkenntnisse gewonnen wurden oder auch zusätzlich hätten gesammelt werden können. Die Prüfung der Verhältnismäßigkeit fällt kurz aus: Unterschiedliche Grundrechte werden weitestgehend zusammen betrachtet, die Maßnahmen werden nicht in detail, sondern letztlich als Teil eines Gesamtkonzepts geprüft. Eine in der Vergangenheit oft übliche „salomonische Lösung“, dem Gesetzgeber zwar nicht für die Vergangenheit in die Parade zu fahren, aber trotzdem klare Leitlinien für die Zukunft vorzugeben, Eingriffsbefugnisse eng auszulegen oder zusätzliche Anforderungen aufzustellen, wurde nicht gewählt. Der Gesetzgeber hat stattdessen bescheinigt bekommen, alles richtig gemacht zu haben. Unabhängig vom Ergebnis muss diese Begründung verwundern. Im Ergebnis macht es Karlsruhe dem Gesetzgeber zu einfach und schafft es auch nicht, den einseitigen Blickwinkel der staatlichen Pandemiebekämpfung zu korrigieren.

EINZELFALL ODER TRENDWENDE?

In der gesamten Corona-Krise blieb das Bundesverfassungsgericht auffällig zurückhaltend. Indem nicht nur bei der faktischen Entscheidungsgrundlage, sondern auch bei der Abwägung von Grundrechten der politische Handlungsspielraum betont wird, öffnet Karlsruhe die Tür zu einer grundlegenden Neujustierung des Verhältnisses von Politik und Verfassungsrecht. Es bleibt zu hoffen, dass dies nur für die temporären Corona-Maßnahmen gilt. Das Grundgesetz braucht weiterhin einen entschlossenen Hüter der Bürgerrechte.



Marc Bauer (27) ist Volljurist und Mitglied des Bundesvorstandes. Ihr erreicht ihn unter marc.bauer@julis.de

ORGANHANDEL?

PRO VS. CONTRA

EINE NIERE FÜR EIN IPHONE? WARUM NICHT!

Dieser Titel trifft vermutlich auf wenig Zustimmung, aber gut, wenn ich nun eure Aufmerksamkeit habe. Ich bin mir darüber im Klaren, dass es sehr unwahrscheinlich ist, die hier vertretenen Argumente zur Beschlusslage der JuLis zu machen, allein aufgrund des dann zu erwartenden medialen Aufruhrs: „Jungliberale wollen, dass der kleine Mann nicht mehr nur seine Seele an die Lohnarbeit, sondern nun auch noch seine Organe verkauft.“ Dennoch möchte ich euch einladen, dieses Gedankenexperiment einmal mit mir zu wagen, dafür dürft ihr eure Seelen auch behalten.

In Deutschland stehen etwa 9.400 Menschen auf der Warteliste für ein Spenderorgan. 2020 gab es bundesweit nur 913 Organspender:innen.

Bei der Diskussion um Organspende sollte immer ein Kriterium als oberstes gewahrt sein: die Freiwilligkeit der Spende. Gerade wir als Liberale sprechen uns für diesen Vorrang der Freiheit aus. Wir wollen (die meisten von uns, aber ihr wisst, Pauschalisierungen funktionieren besser) bei der Organspende nach dem Tod keine Widerspruchslösung, sondern fordern eine aktive Entscheidung für eine Spende. Wenn es dann aber um eine Spende gegen Entgelt geht, soll die aktive Entscheidung einer Person auf einmal nicht mehr ausreichend sein?

SOBALD GELD IM SPIEL IST, SEHEN VIELE MENSCHEN DIE FREIWILLIGKEIT IN GEFAHR. ABER WARUM EIGENTLICH?

Dass Menschen ihren engen Verwandten wenn nötig ein Organ (i. d. R. eine Niere) schenken, ist nichts Unübliches, da hier oft das genetische Material miteinander gut verträglich ist.

Aber glauben wir wirklich, dass das Angebot von Geldzahlungen Menschen unfähig macht, so zu handeln, wie es zu ihren langfristigen Lebensplanungen passt, und dagegen zum Beispiel der Druck der Eltern, den Bruder zu retten, immer zu einer intrinsisch motivierten, mit dem eigenen Willen konsistenten Spende führt?

In bestimmten Ausnahmesituationen mit extremer Geldnot mag es sein, dass eine Entscheidung nicht im Sinne der Lebensplanung des/der Betroffenen ist.

ABER EINE POTENZIELLE GEFÄHRDUNG DER AUTONOMIE SOLLTE FÜR UNS KEIN HINREICHENDER GRUND SEIN, EIN VORGEHEN VÖLLIG ZU VERBIETEN, ODER?

Wir verbieten Menschen ja auch nicht, sich durch Alkoholkonsum in komatöse Zustände zu versetzen, auch wenn das auf Dauer nicht der Gesundheit förderlich und sinnvoll für eine stringente Lebensplanung ist und zusätzlich auf Sucht, also einer Trübung der Autonomie, beruhen kann. Ja, der Vergleich wirkt erst mal an den Haaren herbeigezogen, aber in beiden Fällen sind keine anderen Personen beteiligt, die Schaden nehmen könnten. Eine Sache muss klar sein: Wenn man tatsächlich ernsthaft über eine Legalisierung von Organhandel sprechen will, muss sicher sein, dass die Selbstbestimmtheit der Verkäufer:innen kontrolliert wird.

Genau wie es bei Schenkungen von Organen innerhalb von Familien zu überprüfen gilt, ob freiwillig gehandelt wird, sollte das natürlich auch bei entgeltlicher Organspende getan werden. Der Schluss, dass familiäre

Zusammengehörigkeit ein Garant für Freiwilligkeit sei, ist schlicht falsch. Wenn wir davon ausgehen, dass Menschen in Deutschland durch den Sozialstaat grundsätzlich in einem existenzsichernden Rahmen leben können, dann haben sie alternative Möglichkeiten zum Verkauf der Organe, nämlich den Nicht-Verkauf, und damit ist die Freiwilligkeit gesichert.

Ein weiterer Vorteil der Legalisierung wäre, wie bei allen Legalisierungen, die Einschränkung des illegalen Marktes. Dort wird tatsächliche Not von Menschen von kriminellen Organisationen ausgenutzt. Ein besserer Schutz der Spender:innen und der Empfänger:innen könnte durch gezielte gesetzliche Regelungen auf einem legalen Organmarkt erreicht werden.

Auf der Kaufseite sollten Restriktionen umgesetzt werden.

NUR KRANKENKASSEN ODER ZERTIFIZIERTE, GEMEINNÜTZIGE ORGANISATIONEN SOLLTEN DIE ORGANE ANKAUFEN KÖNNEN, KEINE EINZELPERSONEN!

Es kann nicht sein, dass die Queen die siebte Niere bekommt und andere alte Damen in England seit Jahren an der Dialyse hängen, so etwas darf nicht passieren! Die finanzielle Situation der Versicherten soll explizit keine Rolle spielen, wenn es darum geht, wer ein Organ bekommt.

Sina (20) studiert Philosophie, Politics and Economics an der HHU. Ihr erreicht sie unter sina.behrend@julis.de



DIE WÜRDE DES MENSCHEN IST ÜBER JEDEN PREIS ERHABEN

Wir leben in einem liberalen Rechtsstaat; das bedeutet, dass jede Form von Verbot einer fundierten Begründung bedarf. Schließlich ist die Würde des Menschen unantastbar. Sollte nicht jeder Mensch frei und unabhängig über den eigenen Körper bestimmen können? Was spricht gegen einen finanziellen Motivationsschub zur Organspende? Bei der Blutspende gibt es diesen ja auch.

Es gibt viele Argumente, die für einen kontrollierten Organhandel sprechen; mutmaßlich wird die Lücke zwischen benötigten und gelieferten Organen kleiner. Möglicherweise gibt es Szenarien, in denen Menschen mit einer Organspende sich selbst wirtschaftlich helfen können. Vielleicht gelingt es Staat und Krankenkassen sogar, Angebot und Nachfrage sauber und im Interesse aller Beteiligten zu regeln – einen komplett freien Markt, der sich den klassischen Mechanismen aus Angebot und Nachfrage hingibt, kann ja schließlich niemand wollen. Zu groß ist hier das offensichtliche Risiko wachsender sozialer Ungleichheit.

Tatsächlich stößt eine Legalisierung des Organhandels schon schnell an logistische Grenzen. Wer soll den An- und Verkauf organisieren? Gibt es – je nach Organqualität oder Alter der Spendenden – mehr oder weniger Geld? Kann ich als Spender Einfluss auf die Auswahl des Menschen haben, der ein Organ dringend benötigt? Diese Fragen zu klären, erscheint schwer möglich. All die Pro-Argumente lassen aber die ethisch-

moralische Perspektive, insbesondere die Spenderperspektive, außer Acht. Menschen zu einem Zeitpunkt finanziell zu einer Organspende zu motivieren, kann schon wenige Jahre später einen eigenen Organbedarf nötig machen. Selbst wenn das ausgezahlte Geld reicht, um ein akutes finanzielles Problem zu lösen, ist dieses Problem möglicherweise nicht nur durch eine einmalige Spende erledigt. Und wem nützt es, wenn dann die Spenderniere nicht einmal angenommen wird.

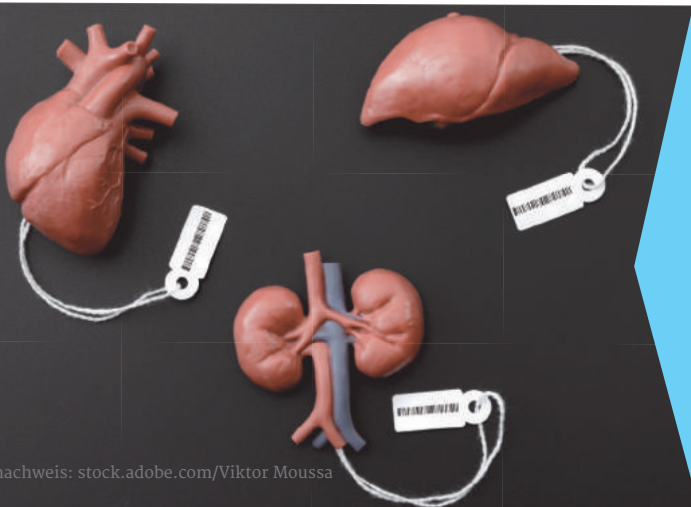
„Nicht alles auf der Welt ist käuflich“, argumentiert der Medizinethiker Prof. Dr. Dr. Urban Wiesing. Er zitiert dabei weiterhin Immanuel Kant, wenn er sagt, dass die unveräußerliche Würde des Menschen über jeden Preis erhaben ist. Die beiden sind dabei nicht allein – die WHO und die UN sprechen sich gleichermaßen gegen die Möglichkeiten kommerziellen Organhandels aus.

Dass eine Lebendspende aktuell nur im Kreis der engsten Familie möglich ist, macht gleichzeitig deutlich, wie moralisch komplex und mit welchem auch persönlichen Risiko die Entscheidung einer solchen Spende verbunden ist. Dieses persönliche Risiko kann nur aus sehr privaten und altruistischen Gründen getragen werden; ein finanzieller Anreiz droht diese Motivation zu verfälschen.

CONTRA

HERAUSFORDERUNG? JA ODER NEIN?

Was können aber Alternativen zur Lösung der zweifelsohne bestehenden Herausforderung von zu wenig Spenderorganen sein? Zum einen ist eine bessere Motivation zur freiwilligen Organspende zu nennen. Noch zu wenig Menschen spenden ihre Organe freiwillig. Dass es selbst in der FDP positive Meinungen zur Opt-out-Lösung bei der Organspende gibt, macht das hier schlummernde Potenzial deutlich. Zum anderen gibt es schon heute in Teilen erfolgreiche Versuche moderner Forschung, auf alternativem Weg an Organe zu kommen. Das ist mit genetisch modifizierten Tierherzen zuletzt bereits in den USA geschehen. Den Organhandel zu legalisieren ist demnach ein Schritt in die falsche Richtung. Soziale Marktwirtschaft meint auch, Solidarität zu zeigen und Verantwortung für die Gesellschaft zu übernehmen, indem man im Falle von Leben und Tod einfach mal etwas spendet. Ganz ohne Gegenleistung.



Bildnachweis: stock.adobe.com/Viktor Moussa



David Lucas (30) arbeitet als Mit-Gründer und Mit-Inhaber einer Software-Agentur und hat vorher Betriebswirtschaftslehre und Marketing mit Master-Abschluss studiert. Er wohnt in Hemer, ist verheiratet und verbringt gerne Zeit mit seinem Dackel, Lesen und Kochen.

Was Unternehmen für die

A top-down photograph showing several hands of different skin tones reaching towards and assembling large, light blue and gold-colored cardboard gears on a dark, textured wooden surface. The gears are interlocking, symbolizing teamwork and business processes.

ENDE 20, DIE ERFOLGE SIND GROß, DER STRESS AUCH.

WER HÄTTE BITTE AUCH DENKEN KÖNNEN, DASS GUTE LEISTUNG WEHTUN KANN?

Anscheinend kaum jemand, doch der Stress steigt weiter. Aber nicht nur der Stress steigt, sondern auch die Zahl der beruflich bedingten Krankheitsfälle, seit 2007 ist der Krankenstand um fast 30 % gestiegen. Diese Steigerung sollten wir nicht akzeptieren, vor allem nicht dann, wenn die Arbeitslast immer größer wird. Zum Glück werden Arbeitnehmer hier nicht alleine gelassen, oder!? Wirklich verpflichtende Maßnahmen, um die Gesundheit von Beschäftigten so gut es geht zu schützen, gehen leider selten über den Arbeitsschutz hinaus. Schauen wir uns zum Beispiel unsere Psyche an, wird dafür nur wenig getan. Viel zu spät wurde im Jahr 2013 dem Arbeitsschutzgesetz hinzugefügt, dass Arbeitgeber Gefährdungen für die Psyche ermitteln müssen, um eventuelle Schäden zu verhindern. Weitere Maßnahmen in Anbetracht der Psyche sucht man vergeblich.

BIST DU NOCH GANZ FRISCH IM KOPF!?

Ich möchte dich nicht beleidigen, aber mal ehrlich, bist du noch ganz frisch im Kopf? Immer mehr Arbeitnehmer in Deutschland sind es nämlich nicht, die Anzahl der Fehltag aufgrund von psychischen Krankheiten steigt immer weiter. Nach Angabe des Bundesministeriums für Gesundheit gehen 15 % der Fehltag auf die Psyche zurück, die durchschnittliche Dauer der Erkrankungen beträgt 36 Tage, bei einem normalen Job mit 5 Tagen pro Woche sind das über 7 Wochen. Während ein Mitarbeiter fehlt, müssen andere seine Aufgaben zusätzlich erledigen, was auch für diese wieder zu einer höheren Arbeitsbelastung führt. Für solche Fälle muss es Ansprechpartner in größeren Betrieben geben. Nur kann nicht jeder Unternehmer sich einen einzelnen Mitarbeiter leisten, der allein für die körperlichen und psychischen Belange der Arbeitnehmer zuständig ist. Deswegen ist es wichtig, fortbildende Maßnahmen für Beschäftigte zu entwickeln, die sich als Ansprechpartner in heiklen Situationen bereitstellen möchten.

PFLICHTEN!

Warum fordern wir keine Pflicht, jedem Mitarbeiter und jeder Mitarbeiterin die gleiche Chance zu geben, um sich mithilfe des Betriebes gesund zu halten? Aber wie kann diese verwirklicht werden? Ganz einfach. Jedes Unternehmen muss Angebote bereitstellen, mit deren Hilfe man sich fit halten kann. Betriebssportgruppen sind hier ein gutes Beispiel, sie fördern Fitness durch Aktivität und Psyche durch Austausch und Teamgeist der Mitarbeiter. Das Wohlbefinden der Mitarbeiter bessert die Produktivität und das Betriebsklima. Also, warum sollten wir nur zum Sport verpflichten, wenn es auch Unternehmen gibt, die gerne andere Wege nutzen?

Gesundheit ihrer Mitarbeiter tun sollten...

Bildnachweis: stock.adobe.com/alotofpeople

DIE EINSCHRÄNKUNGEN DES STAATES

Homeoffice, Mobbing oder auch die Corona-Erkrankungen an sich haben bereits jetzt schon für massive Schäden gesorgt, es kam zu so vielen Fehltagen wie noch nie, hinzu kommen dann auch noch zahlreiche Kontaktbeschränkungen, die für mangelnden Ausgleich nach der Arbeit sorgen. Diese Verhaltensregeln des Staates haben neben sinkenden Inzidenzen unschöne

Folgen mit sich gebracht. Karl Lauterbach ist jedoch nicht der Überzeugung, dass die Corona-Maßnahmen für zunehmende psychische Störungen verantwortlich seien. Jetzt, wo wir wahrscheinlich kurz vor dem Ende der Pandemie stehen, wäre es hilfreicher, das Nachbeben mit zahlreichen Folgen noch so gering wie möglich zu halten, nicht mit Lockdowns, sondern mit Normalität. Holt die Leute aus dem Homeoffice und lasst sie den Feierabend gemeinsam genießen.

ARBEITGEBER IN DER VORBILDFUNKTION

Gesundes Essen in der Betriebskantine, Tipps für eine gesunde Haltung am Arbeitsplatz und eine erholsame Pause an der frischen Luft. Das Gute an größeren Unternehmen ist, dass es auch für kleine Arbeitsgruppen Personen in Führungspositionen gibt. Würde man für diese Workshops anbieten, um für ein besseres Betriebsklima zu sorgen, kann man damit zusätzlich vielen Mitarbeitern und

Mitarbeiterinnen helfen. All das hilft aber nicht, wenn man einen Choleriker als Chef hat, bereits im Auswahlverfahren sollte zusätzlich zu ihrer bisherigen Karriere auch verstärkt auf die Sozialkompetenzen geachtet werden. Darüber hinaus müssen auch diese auf Stresssituationen vorbereitet werden, denn wer mit seinem eigenen Stress nicht zurechtkommt, der wird die Schwierigkeiten anderer erst recht nicht nachvollziehen können.

SCHLUSSWORT

Was dringend verbessert werden muss, ist die körperliche und psychische Gesundheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Deutschland. Ich bin der Meinung, dass größere Betriebe dazu verpflichtet sein sollten, Ausgleichsmöglichkeiten anzubieten. Niemand von uns möchte stark belastet nach Hause kommen, mit negativen Gedanken aufwachen, einfach nur deswegen, weil wir an einem bestimmten Ort arbeiten.

Also, lasst uns etwas tun und damit neue Maßstäbe setzen.

Christian Bednarski (19) ist Auszubildender Bankkaufmann und Beisitzer für Programmatik der Jungen Liberalen im Kreisverband Unna. Außerdem setzt sich Christian in einer JAV für Azubis ein und hat für jeden ein offenes Ohr. Ihr erreicht ihn unter christian.bednarski@julius.de



DIE EIGENE GESUNDHEIT IST ZU WICHTIG, UM SIE DEM STAAT ZU ÜBERLASSEN!

05

Die Corona-Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, wie marode unser Gesundheitssystem eigentlich ist. Die Aufrechterhaltung der Grundrechtseinschränkungen hat vor allem in liberalen Kreisen eine Rechtfertigung: das Gesundheitssystem vor der Belastung schützen. Auch wenn es sich um ein hochgradig fragwürdiges Mantra handelt, um damit die andauernde und oftmals willkürliche Einschränkung von Grundrechten zu begründen, so mag die Argumentation aus logistischer Hinsicht einleuchten. Allerdings soll dieser Text weniger den mittlerweile endemisch gewordenen Autoritarismus in der deutschen Politik bewerten, sondern vielmehr einen Blick wagen, wie es überhaupt zu diesem Zustand gekommen ist.

EINE KURZE GESCHICHTE DES DEUTSCHEN GESUNDHEITSSYSTEMS

Nach der Gründung des deutschen Kaiserreiches im Jahre 1871 waren die verschiedenen Sektoren des Gesundheitswesens weitgehend privat bzw. kirchlich organisiert. Erst durch den wachsenden Druck, der durch die sozialistische Arbeiterbewegung maßgeblich vorangetrieben wurde, rückte eine staatliche Rolle im Gesundheitswesen ins Zentrum der Debatte. Der Reichskanzler Otto von Bismarck veranlasste im Rahmen der innenpolitischen Appeasement-Strategie, dass einige der Forderungen der Sozialisten übernommen wurden. Das deutsche Sozialversicherungssystem war geboren. Unter anderem war auch eine gesetzliche Krankenversicherung

implementiert, die sich in ihrem Wesen allerdings noch von der heutigen unterschied. Zu Weimarer Zeiten etablierte sich dann ein System öffentlicher Körperschaften, die die Verwaltung der gesetzlichen Krankenkasse übernahmen. Zwar wurde in der Zeit des Nationalsozialismus eine weitere Zentralisierung des Gesundheitswesens veranlasst, die aber mit der Gründung der Bundesrepublik wieder rückgängig gemacht wurde. Somit entstand die grundlegende Struktur aus gesetzlichen Versicherungsträgern und privaten Krankenversicherungsanbietern, die bis heute das deutsche Gesundheitssystem prägen.

DER STATUS QUO

Eine Bestandsaufnahme zeigt, dass es im Gesundheitssystem an vielem mangelt. Zwar hat das deutsche System den grundlegenden Vorteil, dass die Krankenkassen und zahlreichen Anbieter von medizinischen Leistungen sich selbst verwalten können, aber das nur unter strenger staatlicher Regulierung. Beginnen wir bei den Krankenversicherungen,

dann ist zunächst festzustellen, dass für die allermeisten Menschen ein Zwang besteht, in die gesetzliche Krankenversicherung einzusteigen, weil ein Eintritt für die Menschen in eine private Krankenversicherung erst mit einem hohen Einkommen verbunden ist. Der Wettbewerb zwischen GKV und PKV wird dadurch komplett ausgeschaltet und die Zuteilung in eines der beiden Systeme erfolgt durch ein Geflecht zahlreicher Verbote und einseitiger staatlicher Privilegierungen. Schaut man auf die Dienstleister, also Ärzte, Pfleger, Krankenhäuser etc., so hat sich zwar zur Jahrtausendwende eine erfreuliche, wenn auch zaghafte, Liberalisierungstendenz im Gesundheitswesen durch mehr Privatisierung und Deregulierung abgezeichnet, allerdings ist dieser Bereich des Gesundheitswesens nach wie vor stark reguliert. Die Anzahl an Plätzen für praktizierende Ärzte wird durch den Staat im Austausch mit den Ärztekammern diktiert, anhand einer zentralen „Bedarfsplanung“.



Bildnachweis: stock.adobe.com/LIGHTFIELD STUDIOS

Wie gut das funktioniert, zeigt sich an dem eklatanten Mangel an Therapieplätzen. Gehälter und Vergütungen des medizinischen Personals sind großteilig von starren Tarifstrukturen oder den Katalogen der Krankenversicherungen abhängig, deren Regulierung sich in den letzten Jahren immer weiter ins Gesundheitsministerium verschoben hat. Insgesamt herrscht staatliche Planwirtschaft in der Bepreisung von fast allen Leistungen im Gesundheitswesen, von Krankenhausaufenthalten bis zu Medikamentenpreisen. So wird der beste Mechanismus zur Verteilung von Gütern, die Preisbildung auf dem Markt, überhaupt nicht genutzt.

PRIVAT VOR STAAT IM GESUNDHEITSWESEN

Auch wenn die eklatanten Mängel staatlicher Misswirtschaft im deutschen Gesundheitswesen immer auffälliger werden und jeden Tag Menschenleben kosten, so schrecken selbst Liberale vor der Forderung zurück, man müsse hier stärker auf private Initiative setzen. Vielmehr ist der Ruf nach mehr staatlicher Intervention en vogue. Besonders beliebt sind die USA als angeblich abschreckendes Beispiel eines unregulierten und unsozialen Marktes im Gesundheitswesen. Das stammt aus einer großen Verklärung des US-amerikanischen Gesundheitswesens, welches tatsächlich überhaupt kein Paradebeispiel für eine freiheitliche Lösung darstellt. Denn die staatliche Bezuschussung für Bedürftige bei medizinischen Behandlungen (Medicaid) stellt den größten Anteil am Sozialbudget der USA. Darüber hinaus herrscht eine durch staatliche Regulierung hervorbrachte Anreizstruktur in den USA vor, die ein antiquiertes System der Krankenversicherung über den Arbeitgeber weiter unterstützt. Die USA sind ein Flickenteppich aus massiver staatlicher Regulierung im Gesundheitswesen, der mit einem freien Markt recht wenig gemein hat. In den Bereichen, die weniger stark staatlich reguliert werden, wie die Gesundheitsfor-

schung in den USA, sind die Vereinigten Staaten jedoch an der Weltspitze. Wirklich robuste Gesundheitssysteme zeigen sich international durch mehr und nicht weniger private Initiative. Während das verstaatlichte NHS-System in Großbritannien extrem ineffiziente Resultate erzeugt, sehen wir, wie Staaten mit privatem Gesundheitssystem es besser machen. Die Schweiz hat statt einem Zwang einer staatlichen Gesundheitskasse eine Pflicht zur Versicherung eingeführt. So ist jeder Schweizer dazu verpflichtet, sich bei einem privatwirtschaftlichen Versicherungsunternehmen zu versichern. Diese Begebenheit gewährleistet, dass es genügend Kapital im Versicherungswesen gibt. Darüber hinaus aber herrscht deutlich weniger staatliche Intervention in das Gesundheitswesen im Vergleich zur Bundesrepublik. Die Schweiz schneidet international mit ihrem Gesundheitssystem deutlich besser ab als Deutschland. Auch Singapur hat mittels eines staatlich regulierten, aber privat verwalteten Fonds ein Gesundheitssystem, das großteilig aus privatwirtschaftlichen Strukturen betrieben wird. Beide Systeme bieten bessere Leistungen zu niedrigeren Preisen.

Auch Deutschland sollte hier mehr Marktwirtschaft wagen. Wenn nicht gleich die GKV privatisiert werden soll, dann sollten doch zumindest das staatliche und das private System miteinander in echte Konkurrenz treten dürfen. Dafür braucht es aber weniger und nicht mehr Staat. Ich bin diesbezüglich sehr skeptisch, ob es tatsächlich dazu kommt. Bis dahin wird sich die andauernde Krise weiter zuspitzen – auf Kosten des Steuerzahlers und der Gesundheit jedes Einzelnen.



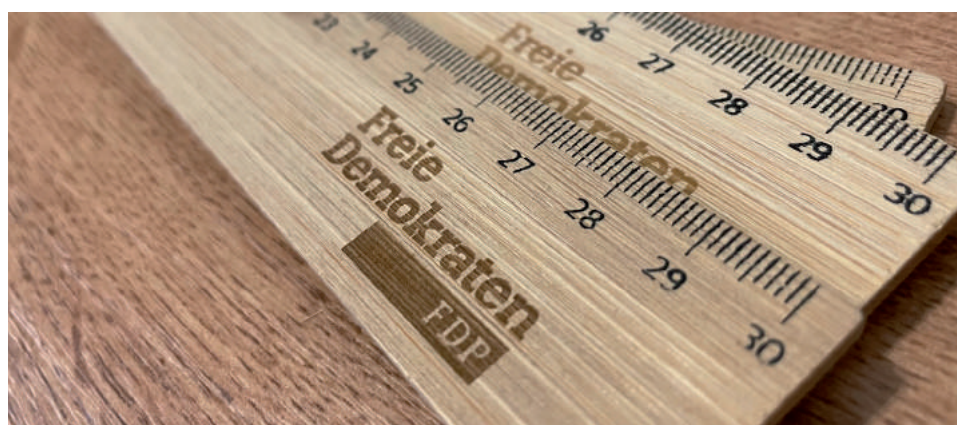
Alexander Kobuss (23) studiert Geschichte sowie Sozialwissenschaften im Master of Education. Er ist stellvertretender Bezirksvorsitzender für Programmatik in Köln/Bonn und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft/Energie/Finanzen. Darüber hinaus ist er der Landesvorsitzende der LHG NRW. Ihr erreicht ihn unter kobuss@julius.de

thinkliberal.de

Ihr Shop für FDP Werbemittel

Jetzt 5 % Rabatt-Code* einlösen: JULI-LTWNRW2022

www.thinkliberal.de



IMPFPFLICHT?

Bildnachweis: stock.adobe.com/Benedikt

IMPFPFLICHT MIT NEBENWIRKUNGEN: AUFGABE DES RECHTS AUF FREIE ENTSCHEIDUNG ZUR GESUNDHEIT?

In den letzten Tagen und Wochen gab es täglich öffentliche Debatten und Beiträge zu einer allgemeinen Impfpflicht. Doch ist eine mögliche Impfpflicht wirklich ein richtiger Schritt in der Pandemiebekämpfung und ist diese mit der individuellen Freiheit vereinbar? Zwischen dem Ausbruch der Corona-Pandemie Anfang Dezember 2019 in Wuhan und der ersten verabreichten Impfdosis in Deutschland liegen weniger als 13 Monate. Dies ist eine wissenschaftliche und gesellschaftliche Wunderleistung und auch hier in Deutschland hat mit BioNTech ein Unternehmen seinen Anteil an dieser Leistung. Die Impfungen sind ein elementarer Baustein in der Bekämpfung der Pandemie und helfen dabei, die Krankenhäuser zu entlasten und uns gleichzeitig mehr Freiheit zurückzugeben. Während es zu Beginn der Impfkampagne in Deutschland einen großen Mangel an Impfstoff gab, ist es nun so, dass es deutlich mehr Impfstoff gibt als impfwillige Menschen. Neben einer groß angelegten Informationskampagne, welche aus unserer Sicht noch weiter intensiviert werden kann, sowie niedrigschwelligen Impfangeboten gibt es politisch bei vielen Menschen die Idee einer Impfpflicht. Als Begründungen werden oft die Entlastung der Krankenhäuser sowie die Vermeidung einer 5. Welle im Herbst genannt. Ob eine Impfung eine Infektion verhindert, die Übertragung von Viren reduziert oder Schutz vor einer eventuellen Mutation bietet, kann jedoch heute noch nicht abschließend beurteilt werden und somit ist es fraglich, ob die Impfpflicht, sollte sie im Bundestag im März beschlossen werden, auch vor Gerichten bestehen kann. Wir bewegen uns derzeit auf einem Weg, der stark auf Annahmen beruht. Auch schützen uns selbst ganz offensichtlich mehrfache Impfungen nicht vor einer stetigen Verbreitung des Virus, ganz zu schweigen davor, dass wir trotz entgegenlautender Versprechungen vonseiten der Politik auch heute immer noch nicht alle Tätigkeiten machen dürfen und wenn, teilweise nur unter hohen Vorgaben sowie ausufernden Kontrollen.

Ein weiterer Grund gegen eine allgemeine Impfpflicht ist eine wenig praktikable Umsetzung von dieser. Eine Impfpflicht bedeutet keinesfalls Impfwang. Dies wiederum heißt, es müssten Ordnungsgelder auferlegt werden, wenn jemand gegen die beschlossene Impfpflicht verstößt. Um eine Impfpflicht effektiv durchzusetzen, würde es deswegen ein Impfregister benötigen. Ein solches Register würde allerdings erhebliche bürokratische Ressourcen der Verwaltung benötigen, welche wahrscheinlich besser für die Digitalisierung unserer Schulen und Verwaltungen genutzt werden könnten. Außerdem ist es aus Sicht des Datenschutzes fraglich, ob es verhältnismäßig ist, für ein Impfregister die Daten aus den städtischen Melderegistern mit dem Impfstatus zu verknüpfen.

Selbst eine berufsbezogene Impfpflicht hat durchaus ihre Tücken und könnte ebenso dem Gesundheitssystem oder anderen betroffenen Branchen einen erheblichen Schaden zufügen, wenn ab bestimmten Stichtagen Teile der Berufsgruppe nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen dürfen, weil sie sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht haben impfen lassen.

Impfen ist ein oder sogar der zentrale Baustein der Pandemiebekämpfung. Wir lehnen jedoch eine allgemeine Impfpflicht ab und vertrauen auf die persönliche Entscheidung des Individuums, sich impfen zu lassen und der Gesellschaft damit in dieser schweren Krise beizustehen.

Aufklärung sollte auch in der Pandemiebekämpfung das zentrale Element sein, denn nur diese ist unser Ausgang aus unserer zu einem großen Teil selbst verschuldeten Unmündigkeit.



Daniel (30) und Moritz (26) kommen aus Mönchengladbach, ihr erreicht sie unter moritz.mittendorf@julis.de oder dawin1990@gmail.com

PATENTSCHUTZ?

07

Bildnachweis: stock.adobe.com/Olivier Le Moal

Ohne Frage: In einer idealen Welt wären Impfstoffe, beispielsweise gegen Covid-19, jederzeit für alle verfügbar. Für Patentschutz plädieren bedeutet aber eben nicht, die massiven Probleme, die durch eine teilweise unzureichende Versorgung resultieren, auszublenden – es bedeutet anzuerkennen, dass es ohne Patentschutz überhaupt keinen Impfstoff gäbe, über dessen Verteilung man sich streiten könnte.

Den Patentschutz für Impfstoffe aufzuheben, würde kurzfristig sicher dazu führen, dass schnell größere Mengen an Impfstoff zur Verfügung stehen würden. In Bezug auf die Corona-Pandemie würde das Ziel der WHO, weltweit eine Impfquote von 40 % zu erreichen, näherücken. Mutationen wären seltener, und eventuell würde die Pandemie dadurch drastisch verkürzt werden.

Die Aufhebung des Patentschutzes wäre ein extremer Innovationskiller. Zu Recht verweisen viele auf die besondere moralische Bedeutung einer möglichst breiten Verfügbarkeit hochmoderner medizinischer Versorgung. Genau deswegen aber braucht es den Patentschutz, denn nur er garantiert Innovationen für so viele medizinische Probleme, die noch lange nicht gelöst sind und jedes Jahr weltweit unzählige Todesopfer fordern. Die Aufhebung des Patentschutzes wäre deshalb letztendlich unmoralisch.

Gleichzeitig gilt ganz grundsätzlich, dass Leistung auch belohnt werden muss. Wer wissenschaftlich großartige Leistungen vollbringt, hat das Recht darauf, dass ihm diese Leistung nicht weggenommen wird. Man sollte immer bedenken: Ohne die Entwickler eines Impfstoffs gäbe es diesen nicht. Man sollte dankbar sein und ihnen jeden daraus entstehenden finanziellen Vorteil gönnen, anstatt ihnen, wie einige es tun, Egoismus vorzuwerfen.

Das angesprochene Verteilungsproblem lässt sich schließlich auch ganz anders lösen: indem Länder wie Deutschland Impfstoffdosen spenden. Auch hier beteiligen sich Unternehmen wie BioNTech letztendlich überproportional, schließlich werden diese Spenden von Steuergeldern bezahlt. Gleichzeitig fällt der Anreiz zur Entwicklung nicht weg, und viele Millionen Menschen können garantiert mit Impfstoff versorgt werden.

Das ist, wie schon anfangs verdeutlicht, nicht ideal. Selbstverständlich sollte die Menschheit weiter an einer Welt arbeiten, in der jeder Mensch jederzeit mit benötigter medizinischer Versorgung, das umfasst natürlich auch Impfstoffe, versorgt werden kann. Wir lösen Verteilungsprobleme aber nicht, indem wir Anreize abschaffen, überhaupt etwas zu erschaffen, was verteilt werden kann. Die Knappheit von Ressourcen ist nie zufriedenstellend. Sie existiert aber. Dieses Problem mit einer kurzfristigen Lösung anzugehen, die das Problem langfristig verschärft, kann nicht die Antwort darauf sein.



Falk Neubert (25) studiert Psychologie und ist mitverantwortlich für den JULIMAGAZIN Podcast. Ihr erreicht ihn unter falk.neubert@julis.de

ALLES ZU MENTALER GESUNDHEIT

Zahlen, Daten, Fakten

- Psychische Erkrankungen sind die zweithäufigste Diagnosegruppe bei Krankschreibungen und Arbeitsunfähigkeit in Deutschland
- Die häufigsten psychischen Störungen in der europäischen Region der WHO sind 44,3 Mio. Depressionen und 37,3 Mio. Angstzustände
- Vergütung für eine Therapiesitzung in der ambulanten Psychotherapie durch die gesetzliche Krankenkasse: 89,60 €
- 17,8 Mio. Personen sind in Deutschland jedes Jahr von einer psychischen Erkrankung betroffen
- Nur 18,9 % der Erkrankten nehmen Kontakt zu Leistungsanbietern auf; Kosten, die im Gesundheitswesen unmittelbar aufgrund psychischer Erkrankungen entstehen, belaufen sich in Deutschland auf rund 44,4 %



Ein erweitertes Verständnis von mentaler Gesundheit

Es gibt folgende Grundannahmen:

1. Mentale Gesundheit ist Bestandteil der allgemeinen Gesundheit.
2. Mentale Gesundheit ist mehr als die Abwesenheit psychischer Beeinträchtigungen und Störungen (Burn-out, Depressionen, kognitive Leistungsbeeinträchtigungen etc.). Das bedeutet:
3. Mentale Gesundheit schließt auch positive Aspekte ein, wie das Wohlbefinden, die Arbeitszufriedenheit, das Arbeitsengagement sowie individuelle und arbeitsbezogene Ressourcen.
4. Der Begriff der mentalen Gesundheit muss im Zusammenhang mit den Dimensionen Arbeits- und Funktionsfähigkeit gesehen werden. Sie sind eine entscheidende Voraussetzung für die Teilhabe am Arbeitsleben.

Psychische Erkrankungen: Was ist das eigentlich?

Wenn die seelische Belastung über Wochen andauert und den Alltag, das Berufsleben und die Sozialfähigkeit der Betroffenen beeinträchtigt, sprechen Ärzte von einer psychischen Krankheit oder psychischen Störung. Auch körperliche Beschwerden, für die es keine organischen Ursachen gibt, können auf eine psychische Erkrankung hindeuten.

Ist das eigentlich normal – oder stimmt da was nicht? Psychische Probleme erkennen

- Äußeres. Ein Mensch scheint sich weniger als bisher um sein Aussehen zu kümmern, wirkt ungepflegt und müde. Sein Körpergewicht sinkt oder steigt in kurzer Zeit deutlich.
- Verhalten. Probleme, sich zu konzentrieren, nehmen drastisch zu. Entscheidungen fallen schwer; der Betroffene vergisst Termine, macht Fehler im Job. Sein Konsum von Koffein, Alkohol, Tabak oder Beruhigungsmitteln steigt deutlich.
- Stimmung. Der Betroffene ist leicht reizbar, reagiert schnell aggressiv, weint rasch. Er neigt zu Streit, verliert den Humor. Zunehmend zweifelt er an seinen Fähigkeiten.
- Gesundheit. Klagen über Kopfschmerzen, Magenprobleme und andere kleinere Beschwerden treten verstärkt auf. Manche fehlen öfter tageweise bei der Arbeit, andere arbeiten übermäßig lang und viel.



Bildnachweis: stock.adobe.com/Vladiir Golovanov

10 kleine Schritte für psychische Gesundheit

- sich selbst annehmen
- aktiv bleiben
- darüber reden
- Neues lernen
- um Hilfe fragen
- sich entspannen
- sich mit Freunden umgeben
- sich nicht aufgeben
- etwas Kreatives tun
- mit Freunden in Kontakt bleiben

Ursachen psychischer Erkrankungen

- **Arbeitsleben:** Negative Belastungen im Beruf können psychische Erkrankungen hervorrufen.
- **Alter:** Bei sozialem Rückzug, erhöhter Ängstlichkeit oder Vergesslichkeit im Alter denken viele, dass dies mit dem natürlichen Älterwerden zusammenhängt. Doch es können auch Symptome psychischer Erkrankungen sein. In Deutschland ist jeder Vierte über 65 Jahre psychisch krank.
- **Traumata und schwere Belastungen:** Einschneidende Veränderungen oder belastende Ereignisse (zum Beispiel Erkrankungen, Todesfälle, Trennungen), die der Betroffene nicht entsprechend verarbeiten kann, können psychisch krank machen.

Wann ist professionelle Hilfe nötig?

Bei der Frage, wann bei seelischen Problemen professionelle Hilfe nötig wird, kommt es immer auf die Situation und den einzelnen Menschen an. Als Faustregel gilt, sich im Zweifel lieber früher als später einer Fachperson anzuvertrauen. Schon im Gespräch mit dem eigenen Hausarzt kann ein erster Austausch stattfinden, können sinnvolle nächste Schritte besprochen werden und auch eine Überweisung an einen psychologischen Psychotherapeuten oder Psychiater erfolgen.

Ob jemand auf die Psyche wirkende Medikamente (die sogenannten Psychopharmaka), eine Psychotherapie oder beides benötigt, kann immer nur nach einem Gespräch mit einer Fachperson eingeschätzt werden. Denn wie oben erklärt, ist vor Einleitung einer Behandlung immer erst die richtige Diagnose entscheidend.

Sich mit seinen seelischen Beschwerden rechtzeitig an Menschen im eigenen Umfeld sowie Fachpersonen zu wenden, ist dabei aber immer der wichtigste Schritt auf dem Weg zur Besserung.

Ich habe ernsthafte mentale Probleme – zu wem gehe ich dann eigentlich?

Bei psychischen Problemen kann man sich immer an den eigenen Hausarzt als erste Anlaufstelle wenden. Er stellt im Idealfall eine Erstdiagnose und überweist einen bei Bedarf an einen Spezialisten. Das kann ein Psychiater (Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie) oder ein Psychologischer Psychotherapeut sein. Bei großer Belastung hilft die Telefonseelsorge rund um die Uhr: 0800/111 0111.

SOLIDARISCHER ZUCKERKONSUM?

Warum gesetzliche Krankenkassen Homöopathie nicht fördern sollten.

Wir Liberalen sind dafür, dass Menschen sich in Eigenverantwortung so manche Dinge genehmigen dürfen sollten, auch wenn sie ungesund sind. Auch Zucker. Auch viel Zucker. Ein Beispiel für viel Zucker und Homöopathie in einem sind die kugelrunden Globuli, die eigentlich nur aus Zucker bestehen und mit homöopathischen Mitteln lediglich benetzt sind. Der Konsum ist dabei auch per se kein Problem. Das Problem kommt dann auf, wenn diese „alternative Medizin“ von einer Solidargesellschaft getragen werden muss.

Einige der gesetzlichen Krankenkassen übernehmen diese Leistung nämlich mindestens teilweise und das, obwohl homöopathische Mittel sich nicht im Leistungskatalog befinden, welcher festlegt, welche Leistungen Krankenkassen bereitstellen müssen. Das heißt, Krankenkassen bieten diese homöopathischen Mittel über die Satzungsleistungen an, die Krankenkassen erlauben, zusätzliche Leistungen anzubieten, solange sie nicht vom gemeinsamen Bundesausschuss, der die Pflichtleistungen von Krankenkassen bestimmt, ausgeschlossen werden.

Aber warum ist das so? Ganz einfach: Es gibt eine stetige Nachfrage nach der Pseudomedizin. Der Markt für gesetzliche Krankenkassen ist

kompetitiv, weshalb einige versuchen, durch solche Alleinstellungsmerkmale Kunden zu überzeugen. Des Weiteren sind es meist jüngere Menschen, die Homöopathie bevorzugen. Diese sind allerdings nicht die Verursacher vieler Kosten für Krankenkassen.

Dadurch, dass eine allgemeine Pflicht zur Krankenversicherung in Deutschland existiert, ist die Möglichkeit des Konsumenten, durch seine Konsumententscheidung den Markt und dadurch das Angebot zu beeinflussen, allerdings verzerrt. Heißt: Der durchschnittliche Bürger muss bei einer gesetzlichen Krankenkasse für eine Krankenversicherung zahlen und finanziert darüber auch homöopathische Mittel, die keine Wirkung über den Placebo-Effekt hinaus besitzen. 2019 beliefen sich die Ausgaben von Krankenkassen für homöopathische Mittel laut Jens Spahn, Gesundheitsminister a. D., bei einem Interview beim „Berliner Salon“ auf 20 Millionen von insgesamt 40 Milliarden Euro der gesamten Ausgaben. Das klingt erst mal minimal in Relation. Absolut ist es das aber nicht. Ganz und gar nicht. Abgesehen von der monetären Frage ist es auch eine Frage des Bewusstseins. Brauchen wir ein Solidarsystem, das Mittel subventioniert, welche nicht nachweisbar wirken? Was für eine Wertschätzung für den wissenschaftlichen Diskurs stellt es dar? Ist nicht jeder Euro – nein, jeder Cent zu viel, der für Homöopathie ausgegeben wird?

Private Krankenkassen sollen gerne Pseudomedizin erstatten können, das ist im Sinne des Wettbewerbs. Auch gerne soll es private Krankenkassen für Homöopathie geben, die ausschließlich solche Mittel erstatten. Private Krankenkassen sind allerdings freiwillige Alternativen. Das Basisprodukt – die gesetzliche Krankenversicherung –, welches jeder Bürger besitzen muss, sollte nicht durch die Unterstützung von Hokusfokus teurer werden. Denn am Ende sollte das Geld da bleiben, wo es am besten aufgehoben ist: beim Bürger selbst.

Alex (26) studiert Gesellschaftswissenschaften in Aachen und ist damit dort einer der wenigen Nicht-Maschinenbauer. Ihr erreicht ihn unter alexander.rheindorf@julis.de



ENGAGEMENT MIT ERKRANKUNG 10

Umsetzbar oder undenkbar?

Zusätzliche Belastung durch das Engagement ist kaum vermeidbar

Trotz möglicher Einschränkungen und Problematiken engagieren sich einige Mitglieder mit einer Erkrankung und finden so Abläufe und Tricks, um die Krankheit mit dem Engagement vereinbaren zu können. Die wahrscheinlich größte Hilfe: Kommunikation. Es ist eine große Belastung, so tun zu müssen, wie als würde man sich wohlfühlen, und der nachhaltigste Weg, dieser Belastung zu entgehen, ist, sich einer vertrauten Person mitzuteilen. Dabei ist auch die Reaktion des Gegenübers wichtig, denn man benötigt Feingefühl, um ohne Vorwürfe und mit Verständnis aufeinander eingehen zu können.

Innerhalb der vielen Gespräche über dieses Thema habe ich auch mein eigenes Verhalten hinterfragt. Ich selbst habe eine posttraumatische Belastungsstörung, mit der ich sehr offen umgehe, doch trotzdem habe auch ich manchmal Bedenken, mich zu meinem Gemütszustand während politischer Veranstaltungen zu äußern. Die Angst, nicht akzeptiert zu werden oder auf meine Erkrankung reduziert zu werden, ist vor allem in diesen Momenten präsent. Während meines Austausches mit anderen ist mir besonders aufgefallen, dass diese Angst oft geteilt wird, aber niemand bisher negative Erfahrungen diesbezüglich gesammelt hat.

Das Engagement von Erkrankten ist nicht nur wichtig, sondern auch notwendig!

Die meisten, mit denen ich mich unterhalten habe, gaben an, dass sie bei Problemen zunächst bei sich selbst Lösungen suchen und damit gut verfahren. Wenn es aber zu Redebedarf kommt, muss eine wertfreie Kommunikation stattfinden. Gesunde Menschen müssen nicht verstehen, warum man manche Symptome mit sich bringt und wieso man mitunter auch mal mit etwas Unerwartetem reagiert. Es muss ausschließlich akzeptiert werden.

Schließlich lernt man sich und seine Erkrankung mit der Zeit kennen und weiß sich daher meistens auch eher selbst zu helfen. Das Engagement von Menschen mit einer Erkrankung ist nicht nur umsetzbar, sondern zusätzlich auch enorm wichtig, da die Sichtweise oftmals eine andere ist und das unsere Inhalte vielseitiger macht.



Jana Festag (21) ist Mediengestalterin und stellvertretende Kreisvorsitzende der Jungen Liberalen Mönchengladbach. Aufgrund ihrer eigenen Erkrankung ist es ihr besonders wichtig, auf gesundheitliche Themen aufmerksam zu machen. Ihr erreicht sie unter jana.festag@julius.de

Kaum jemand wird behaupten können, keine Person zu kennen, welche nicht durch eine Erkrankung beeinträchtigt ist. Insbesondere psychische Erkrankungen wie zum Beispiel depressive Störungen, Angststörungen und Essstörungen sind vor allem bei jungen Menschen weit verbreitet. Selbstverständlich ist der Verlauf einer jeden Krankheit, ob psychisch oder physisch, individuell und bei dem einen mehr oder weniger stark ausgeprägt, aber inwiefern beeinflusst eine Erkrankung das politische Engagement?

Die zusätzliche Belastung von einem Ehrenamt neben einer Erkrankung ist in der Regel erst mal nur für die betroffene Person spürbar. Trotzdem und auch gerade deswegen entscheiden sich Menschen dazu, sich politisch zu engagieren. Wenn es um das Thema Gesundheit geht, ist es die inhaltliche Arbeit von Erkrankten, welche einen vielseitigeren Blick auf die Problematik geben kann. Doch vor allem innerhalb des politischen Raums müssen sich Betroffene überwinden, um ihre Arbeit leisten zu können.

Für diesen Artikel spreche ich daher mit verschiedenen Mitgliedern, welche eine Erkrankung haben, und ich wurde vermehrt auf die Problematik aufmerksam gemacht, dass für manche Erkrankungen (wie z.B. ADHS, PTBS, Autismus-Spektrum-Störung u.v.m.) Veranstaltungen wie Kongresse eine Hürde darstellen. Bei Debatten, welche länger als eine Stunde gehen, müssen mitunter im Vorherein Pausen eingeplant werden, um die Leistung halten zu können. Auch einfache Dinge, welche man als gesunder Mensch als unproblematisch wahrnimmt, wie die Geräuschkulisse einer Diskussion, können dazu führen, dass Betroffene sich nicht mehr ausreichend konzentrieren können oder gar unwohl fühlen.



VISIONEN FÜR UNSER GESUNDHEITSSYSTEM

11

2015 habe ich meine Ausbildung zur Gesundheits- und Krankenpflegerin begonnen. Mir war klar, dass es körperlich anstrengend wird, dass es mir an die Psyche gehen kann und dass der Schichtdienst belastend ist. Dass ich vier Jahre später nicht mehr weitermachen will, das hat mir niemand gesagt! Versteht mich nicht falsch, im

allgemeinen Ländervergleich ist unser Gesundheitssystem ein sehr gutes, wir stehen im weltweiten Vergleich in Kennzahlen der Lebenserwartung und der Kindersterblichkeit sehr gut da. Dennoch zeichnen sich demografische Probleme ab, die Kosten unseres Gesundheitswesens steigen und bei einer Krise versagen wir nicht nur menschlich.

Bildnachweis: stock.adobe.com/upixa

Zukunftsfähige Finanzierung

Unsere Gesellschaft wird älter, daher müssen wir zukünftig mit mehr Erkrankten und Pflegebedürftigen rechnen. Die Corona-Pandemie hat gezeigt, was Rationierung bedeuten kann (z.B. Triage). Einige Ressourcen, wie z. B. das Personal, sind knapp und werden auch knapp bleiben. Dazu kommt, unser Gesundheitssystem gehört zu den teuersten der Welt. Die oben genannten erhöhten Leistungsanforderungen stehen den begrenzten Ressourcen eines solidarisch finanzierten Systems gegenüber. Wir müssen über mehr Effizienz im Gesundheitswesen reden und dabei auch die derzeitige Finanzierung infrage stellen.

Die Patienten sind nur Statisten

Der Patient sollte die Hauptrolle im Gesundheitssystem übernehmen! Über den Kopf der Menschen zu entscheiden ist keine Option. Eine Behandlung funktioniert nicht ohne eine aktive Partnerschaft. Ich plädiere dafür, das System weiterzuentwickeln hin zu einem patientenorientierten Gesundheitswesen. Denn, das könnt ihr mir glauben, das ist es aktuell nicht! Neutrale Informationen zu Behandlungen lassen sich kaum finden. Es gibt keine Patientenakte, in der eine lückenlose Sammlung der Daten der Gesundheitsvita erfasst werden, sondern der Patient selbst darf die Infos von Einrichtung zu Einrichtung tragen. Wir müssen systematisch die Bedürfnisse und Motivation der Patienten verstehen und dazu passende nachhaltige Lösungen finden.



Laura ist Kreisvorsitzende der JuLis in Düsseldorf und erreichbar unter laura.litzius@julis-duesseldorf.de



Die Digitalisierung im Gesundheitswesen verläuft ähnlich wie der Bau des Berliner Flughafens!

Der digitale Fortschritt ist im deutschen Gesundheitswesen nicht angekommen, während sich globale Unternehmen in einer beeindruckenden Geschwindigkeit digital transformieren.

Wenn eine Aufnahme in ein Krankenhaus erfolgt, müssen Gesundheitsdaten kompliziert angefordert und zugefaxt werden. Infos, die in der akuten Situation wichtig wären, werden oft erst Tage später gesichtet. Die Lage in den Gesundheitsämtern ist wie allgemein bekannt nicht wirklich besser. Wie erklären wir der kommenden Generation, dass jemand wegen eines Papierstaus stirbt? Die erweiterte Digitalisierung könnte eine

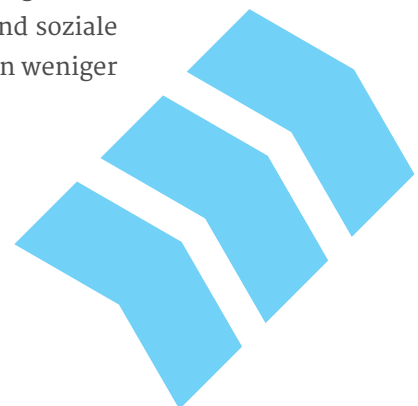
Möglichkeit sein, Krankenhausaufenthalte, Leid und Pflegebedürftigkeit zukünftig zu reduzieren.

Bis heute herrscht im Gesundheitswesen keine Chancengleichheit.

Je geringer das Einkommen, desto schlechter ist die Lebenserwartung. Während in vielen Krankenhäusern schon das interprofessionelle Zusammenarbeiten angekommen ist, scheint es bei den Regularien des Systems, den Verantwortlichkeiten und den Vergütungsstrukturen keine Rolle zu spielen. Unserer Politik muss klar werden, dass wir mehr brauchen als eine reine Krankheitsbetreuung mit Mangelverwaltung!

Integrierte Versorgung als Chance

Die in 70ern entstandene Idee der integrierten Versorgung, die erst im Jahr 2000 mit einem Gesetz aufgegriffen worden ist, scheint bis heute leider nicht angekommen zu sein! Der Ansatz basiert unter anderem auf einer Versorgungskoordination in multiprofessionellen Teams. Reale Kooperationen bzgl. eines Behandlungspfades unter Einbezug präventiver Maßnahmen sind aktuell noch eine Seltenheit. Die Menschen, die in der heutigen Zeit erkranken, haben oft langwierige Verläufe, die mehr brauchen als eine reine Behandlung der Krankheit. Patientenorientierte Zentren zur Primär- und Langzeitversorgung könnten ein Teil der Lösung sein. In diesen Zentren sollen ärztliche, pflegerische und soziale Dienstleistungen den Menschen wohnortnah zur Verfügung stehen. So könnten weniger komplexe Erkrankungen außerhalb des Krankenhauses behandelt werden.



„ÜBER DIE FREIHEIT“ und warum es Liberalen besser geht ...

12

... JOHN STUART MILL ERKLÄRT

Liberalen geht es im Leben besser. Freie Menschen sind glücklicher, gehen Probleme oft gelassener an und wirken von außen auch einfach spannender. Diese Behauptungen skizziert John Stuart Mill schon in seinem großen Werk „Über die Freiheit“, das eine Hymne auf den Individualismus, den freien Geist und das freie Leben ist und zeigt, dass oft das Kollektiv Ursache für das Unglücklichsein ist.

Mill stellte in diesem Klassiker des Liberalismus jenen großartigen Satz Wilhelm von Humboldts voran: „Nach dem ganzen Raisonnement kommt schlechterdings alles auf die Ausbildung des Menschen in der höchsten Mannigfaltigkeit an.“ Später sollte Hayek diesen Satz an das Ende seiner „Verfassung der Freiheit“ setzen. Die Mannigfaltigkeit des Menschen als höchstes politisches Anliegen.

Freie Beziehungen statt übermächtiger Rudel

Der Mensch sei ein Rudeltier, brauche eine „starke Gesellschaft“ und fühle sich instinktiv in Gruppen wohler. Diese Annahme ist jedoch grundlegend falsch, wie vor einigen Jahren eine viel zitierte Harvard-Studie anmerkte. Menschen sind nicht in Kollektiven, in welcher Ausgestaltung auch immer, am glücklichsten, sondern in engen, direkten zwischenmenschlichen Beziehungen.

Innere Freiheit macht glücklich

Aber Individualismus ist nicht nur ein politisches Anliegen, sondern macht den Einzelnen glücklicher. Mill schreibt: „Wo nicht der eigene Charakter, sondern Tradition oder Sitten anderer Leute die Lebensregeln aufstellen, da fehlt es an einem der hauptsächlichsten Bestandteile menschlichen Glücks, ja dem wichtigsten Bestandteil individuellen und sozialen Fortschritts.“ Er wirbt für einen Lebensstil, der sich am eigenen Glücksempfinden orientiert, und stand in Lebtage dafür ein: Mill war bekennender Feminist und schrieb für die Rechte von Homosexuellen. Wir sehen also, dass individuelles Glück maßgeblich von Selbstbestimmung, dem eigenen Lebensentwurf und innerer Freiheit abhängt.

Familie und der enge Freundeskreis sind die Gruppen, die uns glücklich machen. Nicht die unbekannte, fremde Gesellschaft.

Werte wie Solidarität, Vertrauen und Verlässlichkeit, die zahlreichen Menschen wichtig sind und sie glücklich machen, funktionieren nur in den kleinen, persönlichen Schutzzräumen von Freunden, Familie und anderen Nächsten.



Torben Hundsdörfer (18) ist einer der Chefredakteure des JULIMAGAZINs, Bezirksprogrammatiker in OWL und liebt Bücher, Kaffee, Hayek, Wein und Tatort. Ihr erreicht ihn unter torbenhundsdoerfer@julis.de



Bildnachweis: stock.adobe.com/Mediterraneo

Zauberhafte Toleranz

Gelassener durchs Leben geht man bekanntlich, wenn man auch bei stärkstem Gegenwind eine angenehme Ruhe bewahren kann – in einer Gesellschaft mit zunehmender Infantilität ist dieser Gedanke wie Gold. Mills Worte über die Toleranz, die das friedliche Leben wirklicher Individuen überhaupt erst ermöglicht, suchen ihresgleichen. Er schreibt insbesondere von der Toleranz gegen-

über anderen Meinungen und dass die eigene eben oft die falsche Meinung ist.

Die Lektüre dieser Zeilen ist die vielleicht perfekte Anleitung zum Streiten. Dem Absprechen der moralischen Integrität des Gegners erteilt Mill eine klare Absage: „Das schlimmste Übel dieser Art, das man durch eine Polemik begehnen kann, ist, diejenigen, die eine gegnerische Meinung haben, als schlecht und unmoralisch anzuprangern.“

Glücklich sein auch nach außen

Liberale wirken jedoch nicht dann am glücklichsten, wenn sie stets aufzeigen, was alles falsch läuft. Auch wenn ein grundlegender, staatskritischer Liberalismus zweifelsohne richtig ist. Wir müssen jedoch nach außen stets jene offene und freie Kultur präsentieren, die es sonst nur bei Bob Dylan gibt. Den Staat zu kritisieren, Steuern abzuschaffen und negative Freiheiten auszuweiten ist immer richtig, aber nie ein Selbstzweck. Sondern es geht immer um etwas ganz Tolles: die Freiheit des

Einzelnen. Mill erinnert uns in seinen Schriften daran, dass liberale Narrative eben kein Selbstzweck sind.

John Stuart Mill ist heute so aktuell und bedeutend wie lange nicht mehr. Mit seinen Plädoyers für Freiheit, Toleranz und einen fairen Umgang miteinander setzt er für uns Liberale klare Leitlinien, die uns freier machen, spannender wirken lassen und besonders zu glücklicheren Menschen machen. Denn eines ist doch klar: Der glücklichste Mensch ist der freie, selbstbestimmte Liberale.

IMPRESSUM

CHEFREDAKTION/V.I.S.D.P.

Chefredaktion Sina Behrend,
sina.behrend@julis.de, und
Torben Hundsdörfer,
torbenhundsdoerfer@julis.de

REDAKTION

Marc Bauer, Christian Bednarski, Sina Behrend, Jana Festag, Torben Hundsdörfer, Alexander Kobuss, Laura Litzius, David Lucas, Falk Neubert, Moritz Mittendorf, Alexander Rheindorf, Daniel Winkens

HERAUSGEBER UND VERLAG

Junge Liberale Landesverband NRW e.V.,
Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon
(0211) 4925185, julimagazin@julis-nrw.de

FOTOS

photocase.com/Adobe Stock

GESTALTUNG

BTW MARKETING
www.btw-marketing.com

LEKTORAT

Angelika Lenz, www.angelika-lenz.de

DRUCK

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.



renew
europe.

Liebe JuLis,

zuerst einmal wünsche ich Euch noch ein gutes, neues Jahr! Auch 2022 wird sicher ein spannendes politisches Jahr. Nicht nur aus Sicht der Freien Demokraten in Nordrhein-Westfalen, sondern auch aus europäischer Sicht liegen echte Richtungsentscheidungen vor uns.

Die französische Ratspräsidentschaft hat sich ambitionierte Ziele gesetzt. Dazu gehört neben einer harten Linie bei der Rechtsstaatlichkeit auch eine Stärkung des Schengen-Raums. Das unterstütze ich ausdrücklich! Und natürlich werden neben der französischen Ratspräsidentschaft auch noch die Präsidentschaftswahlen in Frankreich stattfinden. Unsere Renew Fraktion freut sich auf viele hoffentlich proeuropäische Impulse und ein besonders spannendes französisch-europäisches Jahr.

Auch in Zukunft möchte ich aktiv und gemeinsam mit den Jungen Liberalen die Inhalte liberaler Politik prägen – sowohl in NRW als auch in Europa. Ich freue mich auf die neuen Aufgaben!

Bei Fragen oder Anregungen könnt ihr mich immer erreichen: www.moritz-koerner.eu

Viele Grüße,



Euer Moritz Körner MdEP
Mitglied im Präsidium der FDP



© Renew Europe 2022

In meinem Podcast „Europa, wir müssen reden!“ nehme ich Euch mit hinter die Kulissen der europäischen Politik. Ihr findet ihn auf Spotify.

